



CDU

LANDTAGSFRAKTION
BADEN-WÜRTTEMBERG

POSITIONSPAPIER

der
CDU-Landtagsfraktion Baden-Württemberg

**Der Weg zur Klimaneutralität 2040
- Ziele, Maßnahmen und Handlungsempfehlungen**

zero emission H₂

Der Weg zur Klimaneutralität 2040 – Ziele, Maßnahmen und Handlungsempfehlungen

I. Präambel

Das Land Baden-Württemberg verpflichtet sich mit dem neuen Klimaschutzgesetz zu Klimaneutralität bis zum Jahr 2040. Dieses wichtige Ziel wollen und müssen wir erreichen. Gleichzeitig wollen wir eine Verlagerung von Arbeitsplätzen verhindern und die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit Baden-Württembergs als Industrie-, Technologie und Investitionsstandort weiter stärken. Die Energiepreise müssen für Verbraucherinnen und Verbraucher, Handwerk, Gewerbe, Mittelstand und Industrie bezahlbar bleiben. Das ist eine notwendige Voraussetzung für die Akzeptanz einer wirksamen Klimapolitik in der Bevölkerung.

Die bislang getroffenen Maßnahmen sowie die im Koalitionsvertrag verankerten und in dieser Legislaturperiode umzusetzenden Maßnahmen werden alleine nicht reichen, um dieses Ziel zu erreichen. Das liegt nicht an fehlenden Ambitionen, wohl aber an der technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Dimension dieser Menschheitsaufgabe.

Die Landesregierung und der Gesetzgeber haben die Ziele abstrakt formuliert, aber jenseits der Strategien – unter anderem Roadmap Wasserstoff, Roadmap reFuels oder Automobildialog – gibt es aktuell zu wenig ausreichend konkrete Maßnahmenvorschläge und Projekte, um den selbstgesteckten Zielen gerecht zu werden.

Dieses in seinem Inhalt aufwachsende und ständig lernende Positionspapier soll also auf der einen Seite eine Bestätigung des im Koalitionsvertrag eingeschlagenen Reduktionskurses sein. Wir wollen, dass Baden-Württemberg bis 2040 nettotreibhausgasneutral wird. Es soll zugleich aber auch ein Diskussionsbeitrag in der Debatte über den richtigen Weg zur Erreichung der Klimaziele sein. Baden-Württemberg steht dabei vor großen

Herausforderungen. Das Land und sein Energiehaushalt müssen weiterentwickelt werden, ohne dabei die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit zu gefährden.

Baden-Württemberg ist ein Industrieland und soll es bleiben. Indem wir einen klaren Weg zur Erreichung der Klimaziele aufzeigen, der alle wichtigen Gruppen mitnimmt, können wir dazu einen starken Beitrag leisten. Die Welt wird sich nicht auf weniger Wohlstand einlassen. Wir brauchen daher nachhaltiges Wachstum im Sinne einer Effizienz-Revolution bei kontinuierlich steigender Einwohnerzahl. Im Jahr 2040 werden auch in Baden-Württemberg mehr Menschen leben, die Energie verbrauchen, auf einen höheren Lebensstandard pochen und vom Staat mehr Leistungen erwarten werden. Baden-Württemberg hat es schwerer als andere Länder, die selbst gesteckten Ziele zu erreichen.

II. Regulatorische Zwänge

Auf allen technischen Ebenen steht das Land vor enormen Herausforderungen, Investitionen und Veränderungen. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft müssen diesen Wandel aktiv gestalten. Die CDU-Fraktion ist davon überzeugt, dass die Klimaziele erreicht werden können: Durch eine Analyse der Ausgangssituation und die Einbeziehung von Wissenschaft, Forschung und Entwicklung, durch massive Investitionen in die Infrastruktur, beschleunigte Verfahren und die Bereitschaft zur Umsetzung neuer, innovativer und manchmal auch experimenteller Ansätze.

Wir begreifen Klimaschutztechnologien als eine Chance für die Wirtschaft und für den Mittelstand im Land. Der Klimaschutz kann Wachstumstreiber vieler Branchen werden. Hier entstehen modernste Technologien, die weltweit benötigt werden, wenn der CO₂-Turnaround gelingen soll. Wir unterstützen diese Branchen durch die Vernetzung von Wissenschaft, Forschung und Unternehmen und wir fördern die nationale und internationale Vermarktung.

Aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnisse, der Anhörung zahlreicher gesellschaftlich relevanter Gruppen und begleitender Informationsflüsse im Zuge der Novellierung des Klimaschutzgesetzes und der Komprimierung internationaler Diskussionen zeichnet sich nach Auffassung der CDU-Fraktion folgendes Bild, wie die Landespolitik das gesetzlich verankerte Treibhausgasreduktionsziel von 65 Prozent bis 2030 und Treibhausgasneutralität bis 2040 erreichen kann:

Die Klimaschutzgesetze von Bund und Land nennen klare Treibhausgasreduktionsziele. Dadurch werden künftig fossile Energiequellen wegfallen müssen. Auch der Ausstieg aus der Kernenergie ist beschlossene Sache. Vor diesem Hintergrund müssen im Sinne einer priorisierten Abwägung mit ebensolcher gesetzgeberischer Kraft und Wirkung konkrete Ausbaukorridore und Ziele für die erneuerbaren Energien definiert werden. Im schnellstmöglichen Auf- und Ausbau der dafür notwendigen Infrastruktur liegt der größte Hebel für das Gelingen der Energiewende im Land.

Folgende Wegmarken sind gesetzt und gelten für die weiteren Planungen:

- 2022: Wegfall inländischer Kernenergie
- 2030: Treibhausgasreduktion von 65 Prozent in Land und Bund
- 2038: Spätester Abschalttermin für deutsche Kohlekraftwerke
- 2040: Netto-Treibhausgasneutralität im Land
- 2045: Netto-Treibhausgasneutralität im Bund
- 2050: Netto-Treibhausgasneutralität in der Europäischen Union

Diesen Wegmarken müssen konkrete Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energie beiseitegestellt werden. Solche Ziel-Energieszenarien müssen – analog zu den Reduktionszielen für einzelne Sektoren – in Ausbaukorridore einzelner, bereits heute bekannter und verfügbarer, in jedem Fall aber skalierbarer Energiequellen aufgeteilt und für den jeweiligen Energiesektor notwendige Ausbau- und Infrastruktur-Ertüchtigungs- bzw. Aufbaupläne sektorenübergreifend erstellt werden. Hierbei ist auch entscheidend, festzulegen,

- wie viel und welche Art von Energie künftig innerhalb Baden-Württembergs produziert werden soll,
- woher die restliche Primärenergie vorwiegend importiert werden soll und
- welche Maßnahmenpläne umgesetzt werden müssen, um die Versorgungssicherheit auch in Zukunft zu gewährleisten.

Aus diesen Szenarien müssen gemeinsam mit der Wirtschaft sowie mit dem Bund und der Europäischen Union und vor allem mit den Nachbarstaaten und -ländern sektorenübergreifende Masterpläne erstellt werden, die im Planungsrecht Niederschlag finden.

Wir werden die Bundes- und Landesregierung dazu auffordern, in einem transparent gestalteten Fahrplan mit entsprechenden Zwischenzielen und Maßnahmen darzulegen, wie sie die sichere und stabile und ausreichende Versorgung des Landes mit Energie sicherstellen und erreichen wollen.

III. Stabile und verlässliche Rahmenbedingungen sicherstellen

Unabdingbar für die Unternehmen im Land auf ihrem Weg in eine klimaneutrale Produktion sind verlässliche Rahmenbedingungen sowie ein hohes Maß an Versorgungssicherheit. Die Ausbauziele für erneuerbare Energien sollten sich an den Bedarfen messen. Aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnisse rechnen wir beim Bruttostromverbrauch mit einer Steigerung von aktuell rund 70 TWh auf deutlich über 90 TWh bis zum Jahr 2040. Wir gehen davon aus, dass die Erzeugungskapazität beim Strom aus erneuerbaren Energien bis 2030 verdreifacht und bis 2040 auf dann mindestens 50 GW verfünffacht werden kann.

Der Stromimport wird auch weiterhin auf hohem Niveau bleiben müssen. Im Wärmebereich halten wir eine Halbierung des jährlichen Endenergieverbrauchs bis 2040 auf dann 300 PJ für realistisch, wenn zugleich ambitioniert in die Wärmedämmung bzw. moderne Bauweisen investiert wird.

Zur Erreichung dieser Zielkorridore wollen wir zum einen ein durch ständiges Controlling angepasstes Zielanpassungsmanagement. Zum anderen brauchen wir eine technologieoffene Herangehensweise, um Freiraum für unternehmerische Entscheidungen hinsichtlich der Effizienz und Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen zu gewährleisten. Das gilt insbesondere für die Akzeptanz und die Skalierung neuer Technologien. Bei alledem darf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im Land nicht durch unnötige Belastungen gefährdet werden. Die Transformation der baden-württembergischen Wirtschaft erfolgt in einem Dreiklang aus der Erzeugung regenerativer Energie, der Schaffung von Infrastruktur zum Transport und zur Verteilung dieser Energie sowie der Erzeugung von klimaneutralen Produkten.

Der öffentlichen Hand kommt dabei die Aufgabe zu, optimale Rahmenbedingungen für eine möglichst CO₂-freie Produktion der Unternehmen im Land zu schaffen. Um den Industriestandort Baden-Württemberg zu erhalten und einer De-Industrialisierung vorzubeugen, müssen vielseitige Vorkehrungen getroffen und Voraussetzungen geschaffen werden. Dabei sind uns folgende Punkte wichtig:

- Um die Bereitstellung von erneuerbarer Energie zu erreichen, müssen Genehmigungsverfahren insbesondere für Infrastrukturprojekte gestrafft, Entscheidungen beschleunigt und möglichst bundesweit einheitliche naturschutzrechtliche Vorgaben angestrebt werden.
- Energie- und außenhandelsintensive Unternehmen müssen wirksam vor Carbon Leakage geschützt werden.
- Um die Wettbewerbsfähigkeit des Produktionsstandortes Deutschland zu erhalten, ist eine systematische Neugestaltung der Ökostromförderung dringend geboten. Den Ausstieg aus der EEG-Umlage müssen wir vorantreiben. Den Handel mit CO₂-Zertifikaten unterstützen wir ausdrücklich. Bei der CO₂-Bepreisung streben wir nach der Entwicklung einer europäischen bzw. internationalen Lösung. Dabei setzen wir auf die Möglichkeit, den CO₂-Zertifikate-Handel auf den gesamten Ausstoß anzuwenden. Jede Tonne, die heute schon eingespart wird, befindet sich 2040 nicht in der Atmosphäre.

IV. Forschung und Entwicklung vorantreiben

Mit welchen Instrumenten wir unsere Klimaziele erreichen, ist ständiger Gegenstand von Forschung und Entwicklung. Zum einen gibt es bereits heute bekannte Technologien, die aber bisher nur im kleinen Maßstab existieren. Daher wollen wir den Ausbau dieser Technologien, wie etwa die Herstellung synthetischer Kraftstoffe oder die Elektrolyse von Wasser, an der Schnittstelle zwischen Forschung und Industrie noch deutlich schneller fördern. Ob sich dann Wasserstofftechnologie, synthetische Kraftstoffe, andere Stoffe oder Batterien am Markt für bestimmte Anwendungsgebiete durchsetzen werden, sollte die Politik nicht durch einseitige Vorgaben vorwegnehmen. Vielmehr wäre es sinnvoller z.B. eine verbindliche Importquote an klimaneutralen Kraftstoffen vorzugeben.

Um die ehrgeizigen Klimaziele im Land wirklich zu erreichen, brauchen wir einen intelligenten Mix verschiedener Formen von Energie. Mit der Verengung auf eine Herangehensweise schaffen wir die Ziele nicht.

Insbesondere im Einsatz von Wasserstoff als Energieträger sehen wir einen wesentlichen Schlüssel zum Erreichen langfristiger Klimaziele und eine große Chance zur Entwicklung neuer Technologien und Geschäftsfelder (Verbindungselement von Strom-, Wärme- und Verkehrssektor). Baden-Württemberg bietet bereits heute hervorragende Voraussetzungen dafür. Als Land fördern wir bereits Projekte zur Erzeugung von Wasserstoff im In- und Ausland. Im Bereich synthetischer Kraftstoffe treiben wir den Aufbau der seitens des Bundes geförderten Demonstrationsanlage in Karlsruhe weiter voran. Wir haben die Technologie bereits im Land. Wir müssen sie jetzt fortentwickeln und ausbauen. Diese Technologie kann dann in den Ländern mit den besten Voraussetzungen (energetisch, politisch, Lage für den Transport, etc.) für den massiven Ausbau der Produktion verwendet werden.

Forschung und Entwicklung sind für den Klimaschutz essentiell. Wir wollen den Austausch zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung fördern. Mit der Gründung des Zentrums für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW) im Jahr 1988, der BIOPRO Baden-Württemberg GmbH im Rahmen der Zukunftsoffensive 2003 und der e-mobil BW GmbH 2010 haben Lothar Späth, Erwin Teufel und Günther Oettinger die Grundsteine für viele Klimaschutztechnologien gelegt. Daran wollen wir anknüpfen. Neue Technologien wie Biokohle, Smart Grids und Smart Metering sowie IT-gestützte Mobilitätsmodelle und Antriebssysteme sollen ebenso wie emissionsarme Futtermittel das Label „Made in Baden-Württemberg“ tragen und zum Exportschlager für unsere Unternehmen werden. Um weltweit die Klimaneutralität zu erreichen, braucht es Technologien, die heute erst dem Konzept nach bekannt sind. Daher sind die Forschungsanstrengungen etwa im Bereich der Photokatalyse deutlich zu verstärken.

V. Sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung der Zukunft

Um die breite Akzeptanz für die Energiewende in der Bevölkerung zu erhalten, muss die dezentrale Energieversorgung sauber werden und dabei sicher und bezahlbar bleiben. Dafür brauchen wir einen klugen Energiemix und die richtige Infrastruktur:

- Der Energiebedarf und die Verfügbarkeit regenerativer Energie muss einem engmaschigen Monitoring unterzogen werden.
- Wir fordern von der Bundesregierung und der Landesregierung, bereits jetzt entlang eines detaillierten Bedarfsplans ein internationales Netz von Lieferbeziehungen aufzubauen und sich entsprechende Bedarfsmengen an regenerativer Energie durch Lieferverträge zu sichern.
- Der Anschluss Süddeutschlands an das europäische Backbone-Netz für Wasserstoff muss dringend und schnellstmöglich auf allen politischen Ebenen vorangetrieben werden. Der bislang für das Jahr 2035 vorgesehene Anschluss des Landes ist viel zu spät.
- Die Erhaltung des Gasnetzes ist insbesondere für den späteren Transport von Wasserstoff essentiell. Mit der Beimischung von regenerativen Wasserstoff zu Erdgas, wie sie beispielsweise in Öhringen erprobt wird, kann auch die Erdgasversorgung Zug um Zug klimaneutral werden.
- Darauf aufbauend muss zügig ein Verteilnetz für Wasserstoff in alle Regionen des Landes geplant werden, denn Baden-Württemberg wird den Großteil des Energiebedarfs künftig importieren müssen.
- Der diskriminierungsfreie Zugang zu Wasserstoffnetzen und eine H₂-Readiness der Gasnetze sind wichtige Herausforderungen für einen erfolgreichen Einsatz.
- Baden-Württemberg ist vielleicht nicht das Land der Elektrolyse, aber wir sind das Land der Elektrolyseure. Unsere Maschinenbauunternehmen haben das notwendige Wissen und die Technologie, um weltweit zum Marktführer im Bereich Wasserstoffherzeugung zu werden. Bei Forschung, Transfer und Skalierung wollen wir unsere Unternehmen unterstützen.
- Speichertechnologien müssen weiterentwickelt werden (Batterien, Power-to-X) und Forschung und Entwicklung gefördert werden.
- Der Ausbau leistungsfähiger Lade- und Betankungsinfrastrukturen (Strom, Wasserstoff und eFuels und reFuels) muss massiv beschleunigt werden.

- Um Anreize für die Unternehmen zu schaffen, schlagen wir einen dualen Markt für Wasserstoff vor. Der bilanziell klimaneutrale Bezug von Wasserstoff soll bis zum Markthochlauf bereits ermöglicht werden. Dies hilft den Unternehmen in der Phase des Markthochlaufs, ihre innerbetrieblichen Klimaziele zu erreichen.
- Um den internationalen Handel mit Wasserstoff anzuregen, brauchen wir ein einheitliches System für Herkunftsnachweise auf europäischer Ebene.
- Energiesicherheit erfordert leistungsfähige Stromnetze. Gerade der Ausbau der Übertragungsnetze (Strom) ist für Baden-Württemberg zentral. Wir werden daher den Ausbau des Stromnetzes erleichtern.
- Wir wollen die Netzstabilität durch intelligent verzahnte Übertragungs- und Verteilnetze gewährleisten. Um das Angebot regenerativer Energieformen und die Nachfragestruktur in Einklang zu bringen, setzen wir auf intelligentes Lastenmanagement.
- Wir wollen die Sektorenkopplung weiter ausbauen, so dass ein größerer Anteil der gewonnenen Energie direkt vor Ort den Haushalten und Betrieben in Form von Wärme oder Strom zur Verfügung gestellt wird. Damit bleibt die Wertschöpfung aus der Energiewende vor Ort. Je kürzer die Transportwege, desto höher die Effizienz.
- Der gesamte Bereich des Aufbaus klimaschützender Infrastruktur ist prioritär zu behandeln, weshalb das Land bei Infrastrukturmaßnahmen verstärkt zur Legalplanung greifen sollte. Dabei müssen die unterschiedlichen Voraussetzungen der einzelnen Regionen für die Energieproduktion und deren Energiebedarf berücksichtigt werden.
- Wir wollen das Potenzial von Agrar-Photovoltaik in Baden-Württemberg nutzen und dafür geeignete Rahmenbedingungen schaffen. Damit können auf landwirtschaftlichen Flächen gleichzeitig Nahrungsmittel und umweltfreundlicher Strom erzeugt werden. Die Modellprojekte der Landesregierung unterstützen wir.
- Wir werden uns weiterhin für eine Verbesserung der finanziellen und ökologischen Bedingungen der Wasserkraft als einer regenerativen Art der Energieerzeugung mit langer Tradition einsetzen.

- Die Geothermie kann einen wichtigen Beitrag zur Energiewende leisten. Sie verursacht kein CO₂ und ist grundlastfähig, weil sie weder wetter- noch tages- oder jahreszeitabhängig ist. Geothermieranlagen sind platzsparend und helfen dadurch, den Flächenverbrauch zu reduzieren.
- Beim Ausbau und der Modernisierung von Wohnsiedlungen und Industriegebieten wollen wir den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) vorantreiben. Dabei müssen wir auch die notwendige Abnahmedichte im Blick haben. Einen wertvollen Beitrag können auch große Wärmespeicher in kommunalen Netzwerken leisten, da sie bei KWK-Anlagen mehr Volllaststunden und damit auch einen höheren Ertrag von KWK-Anlagen ermöglichen.
- Um zielgerichtet an all diesen Anstrengungen zu arbeiten, müssen Landes- und Bundesregierung ein konsistentes Zielbild für die Energieversorgung im Jahr 2040 entwerfen und kontinuierlich an die laufende Entwicklung anpassen.

VI. Arbeitsplätze erhalten und weiterentwickeln

Um den Strukturwandel in Baden-Württemberg möglichst sozialverträglich zu gestalten, brauchen wir starke Bündnisse und Sozialpartnerschaften zwischen Unternehmen und Gewerkschaften aber auch innerhalb der Unternehmen selbst.

In der Einbindung der Arbeitnehmervertretungen in den Transformationsprozess sowie der Erarbeitung und Bereitstellung bedarfsgerechter Qualifizierungsangebote für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sehen wir wichtige Beiträge zum Gelingen.

Wir unterstützen den Wunsch nach branchenspezifischen regionalen Weiterbildungsverbänden, Qualifizierungsclustern und Kompetenz-Hubs, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für neue Herausforderungen befähigen. Bei Unterstützungsmaßnahmen sollte der besondere Bedarf kleiner und mittelständischer Zulieferunternehmen angemessen berücksichtigt werden.

VII. Wärmeversorgung von Gebäuden klimaneutral organisieren

Der Wärmeversorgung von Gebäuden kommt beim Klimaschutz eine entscheidende Bedeutung zu. Wir wollen das Erneuerbare-Wärme-Gesetz weiterentwickeln, so dass Anreize für bessere Wärmedämmung und für den Einbau effizienter Heizsysteme im Gebäudebestand gesetzt werden und zwar technologieoffen. Dadurch wollen wir eine deutlich höhere Sanierungsrate erreichen. Konkret verfolgen wir folgenden Ansatz: Anstatt den Anteil der erneuerbaren Energien an der Gebäudeversorgung wie bisher statisch auf 15 Prozent festzulegen, soll künftig ein Fahrplan zur Reduktion der spezifischen CO₂-Emissionen der Gebäude pro beheizter Nutzfläche als Grenzwert vorgegeben werden. Dieser Wert soll bis 2040 automatisch auf null sinken. Durch das Absinken des Grenzwertes erhalten Gebäudeeigentümer einen Anreiz, möglichst frühzeitig in moderne Technologien zu investieren, anstatt wie bisher die Erneuerung des alten Heizkessels möglichst lange aufzuschieben. Durch Vorgaben hinsichtlich der CO₂-Emissionen können die Eigentümer selbst die wirtschaftlichste Methode wählen und haben einen Anreiz sowohl in erneuerbare Energien als auch in die Gebäudedämmung und Energieeffizienz zu investieren. Die Gebäudeeigentümer können dabei selbst entscheiden, ob sie beispielsweise auf Wärmepumpen, Geothermie, klimaneutrale flüssige Brennstoffe oder perspektivisch auf Wasserstoff setzen wollen. Wir wollen unnötige Bürokratie vermeiden, daher sollen die etablierten Energieverbrauchswerte herangezogen werden, um die CO₂-Emissionen der Gebäude pro beheizter Nutzfläche zu berechnen.

VIII. Klimaschutz in den Kommunen

Die Landkreise, Städte und Gemeinden legen heute die Technologie der Energieversorgung in Neubaugebieten fest. Sie bestimmen damit über den CO₂-Ausstoß für die nächsten Jahrzehnte. Es kommt jetzt darauf an, beispielsweise Erdsonden, Nah- und Fernwärme, aber auch Biomasse, Wärmepumpen und Blockheizkraftwerke zu nutzen, um die Weichen für die Zukunft zu stellen. Die kommunale Wärmeplanung ist wichtig. Wir wollen dafür sorgen, dass die Pläne auch umgesetzt werden und die Kommunen dabei unterstützen. Eine Verknüpfung mit Smart-City-Konzepten ist uns wichtig.

IX. Auf dem Weg zur klimaneutralen Mobilität

Ein wesentlicher Schlüssel zum Erreichen der Klimaschutzziele ist die Klimafreundlichkeit der heute noch immer vom Benzin und Diesel dominierten Mobilität. Attraktiv und verlässlich, bezahlbar und sicher, barrierefrei und klimaschonend, so stellen wir uns die Mobilität der Zukunft vor. Dabei setzen wir auf einen offenen Wettbewerb um die besten und passgenauesten Lösungen: Emissionsfreie Elektromobilität im Individualverkehr, Wasserstoff in Nutzfahrzeugen, Bussen und Zügen werden hier ebenso ihren Beitrag leisten wie alternative und emissionsarme Verbrennungstechnologien – mehr und mehr auf Basis synthetischer Kraftstoffe.

Ganz entscheidend ist für uns das Vernetzen von Individual- und öffentlichem Verkehr, wobei die Schaffung einer übergreifenden Mobilitätsplattform eine wesentliche Rolle spielen kann. Ebenfalls benötigt werden Umsteigemöglichkeiten zwischen Individualverkehr und ÖPNV. Nur gemeinsam wird es Wirtschaft und Politik gelingen, dass Baden-Württemberg wieder die Spitze der technologischen Entwicklung bei klimafreundlichen Mobilitätsthemen für sich beanspruchen und damit Wohlstand und Arbeitsplätze nachhaltig sichern kann. Dabei gilt es, Mobilität, Ökonomie und Ökologie in Einklang zu bringen und zu versöhnen. Deshalb spielen wir Verkehrsmittel nicht gegeneinander aus.

Unsere Städte, Gemeinden und Landkreise sind dabei ein zentraler Teil der Lösung. Wir setzen auf die kommunale Selbstverwaltung und unterstützen die Initiativen vor Ort durch schlanke Prozesse und effektive Förderprogramme.

X. Verkehrsträger

ÖPNV (Schiene/Bus)

- Wir wollen die Verfahren für Planung und Genehmigung von Verkehrswegen auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene beschleunigen.
- Zur Elektrifizierung und Reaktivierung von Schienenstrecken werden wir die Förderprogramme des Bundes nutzen. Wo dies wirtschaftlich nicht sinnvoll ist, müssen emissionsfreie und leise Züge mit Brennstoffzellentechnik oder anderen innovativen Antrieben eingesetzt werden.
- Stuttgart 21 und der digitale Knoten Stuttgart schaffen zusätzliche Kapazitäten im Schienenverkehr.
- Wir werden die Busunternehmen bei der Beschaffung von neuen Bussen mit klimafreundlichen Antrieben unterstützen.
- Insbesondere im Ländlichen Raum werden wir den Einsatz von automatisiert und bedarfsorientiert fahrenden Shuttle-Bussen unterstützen. Damit wollen wir Lücken im ÖPNV-Netz schließen und Carsharing schrittweise überall verfügbar machen.

Luftverkehr

- Durch die Stärkung der Intermodalität im innerdeutschen Verkehr soll die Verlagerung von Verkehr auf die Schiene beschleunigt werden.
- Der internationale Luftverkehr wird nach der Krise weiter wachsen – nur mit technischen Innovationen können wir ihn klimafreundlich machen: Die Erneuerung der Flotten mit emissionsärmeren Flugzeugen, die weitere Reduktion von Treibstoffverbrauch, der Ersatz von Treibstoff durch CO₂-neutrale Alternativen wie eFuels, die CO₂-neutrale Organisation von Flughäfen und eine effizientere Flugführung im europäischen Luftraum können wirksame Bausteine sein.

Kfz-Verkehr

- Die notwendige Ladeinfrastruktur darf nicht zum Nadelöhr für den Hochlauf der **Elektromobilität** werden. Bis zum Jahr 2030 werden wir rund 2,5 Millionen private und öffentliche Ladepunkte benötigen. Daher wollen wir private Ladepunkte noch stärker fördern, öffentliche Ladepunkte schaffen und die Netzkapazität ausbauen.
- Der Einsatz von aus klimaneutralem Strom hergestellten **eFuels** ist nicht nur in der Luft- und Schifffahrt sowie im Lkw-Bereich sinnvoll, sondern auch in der Pkw-Bestandsflotte – nur so können die noch viele Jahre auf den Straßen verkehrenden Verbrennerfahrzeuge klimafreundlich bewegt werden. Begleitend müssen die richtigen rechtlichen Rahmenbedingungen für den Marktdurchbruch von eFuels bei der CO₂-Flottenregulierung, bei der Energiesteuer sowie der EEG-Umlage geschaffen werden.

Güterverkehr

- Die Verlagerung von Güterverkehr auf Schiene und Binnenschiff wollen wir durch Infrastrukturförderung von Gleisinfrastruktur, intermodalen Schnittstellen und Umschlagterminals sowie durch Digitalisierungsprojekte unterstützen.
- Der Aufbau klimaneutraler Lieferketten in den Ballungsräumen kann durch Logistik-Hubs und den Austausch von Kleintransportern gegen elektrische Fahrzeuge für die letzte Meile erfolgen.

Rad- und Fußverkehr

- Wir werden die Radinfrastruktur ausbauen und verbessern. Dabei müssen prioritär vorhandene Lücken im Radwegenetz geschlossen werden. Wenn entsprechende Nutzerzahlen vorliegen, werden wir Radschnellwege für den Alltagsverkehr bauen bzw. fördern. Die Kommunen werden wir bei der Verbesserung der Infrastruktur und der Verkehrssicherheit im Radverkehr unterstützen.
- Der Schlüssel für den Umstieg auf das Fahrrad ist die Verbesserung der Sicherheit. Daher soll die Radinfrastruktur wo immer möglich vom Auto- und Fußverkehr baulich getrennt werden.

XI. Fazit und Ausblick

Die dem Abkommen von Paris verpflichteten Staaten, die Europäische Union, Deutschland und Baden-Württemberg haben sich auf einen Weg gemacht, an dessen Ende die Nettotreibhausgasneutralität steht. Anlässlich einer sich rasch entwickelnden technologischen Welt, politisch sich ändernder Rahmenbedingungen und kaum politisch beeinflussbarer Kapitalbewegungen wird Klimaschutzpolitik auch künftig sowohl aktiv wie auch reaktiv angepasst werden müssen. Demnach ist dieses Papier kein abschließender, erst recht kein allumfassender politischer Handlungsleitfaden. Gemeinsam mit Wirtschaft, Gesellschaft, Forschung und Politik werden wir diesen weiterführen, ergänzen und wenn nötig auch korrigieren. Gemäß diesem Grundsatz freuen wir uns stets über Rückmeldungen, Anregungen und die Diskussion.

Aber eines wird immer gelten: Worten müssen Taten folgen.